Bernd Schilcher

Geboren 1940 in Graz, zuerst Studium der Medizin, dann der Rechte an der Universität Graz, 1964 Promotion zum Dr. jur, mehrere Auslandsaufenthalte, Studenten- und Assistentenvertreter, 1975 Habilitation für Privatrecht, seit 1978 Ordinarius für Bürgerliches Recht an der Universität Graz, Mitarbeiter am Salzburger Programm der ÖVP und am Modell Steiermark, 1976 bis 1993 Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag (ÖVP), 1974 – 1991 Vertreter der Steiermark im ORF-Kuratorium, 1985 – 1989 Clubobmann, Mitglied des Präsidiums des Steirischen Herbstes, Mitglied des Aufsichtsrates der Forschungsgesellschaft Joanneum, Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH, 1989 – 1996 Amtsführender Präsident des Landesschulrates für Steiermark; von Oktober 1996 – Juni 2001 Vorstand am Institut für Bürgerliches Recht der Universität Graz. Seit 2003 im Ruhestand.

Gastprofessor an der Rutgers Law School, Camden, N.Y.; Mitglied des „Common Core of Europe: Harmonization of European Tort Law“, Trento; Mitglied des „Europäischen Zentrums f. Rechtspolitik“ (EZP), Bremen; Academic Director, IMADEC® University, International School of Law, Vienna; Präsident der International Business School of Styria.

Vorsitzender der Expertenkommission der Frau Bildungsministerin Schmied (Mai 2007 – September 2008). – Zahlreiche Publikationen.

Kontakt Univ. Prof. Dr. Bernd Schilcher
E-Mail: berndschilcher@aon.at

Bernd Schilcher

Das Bildungsvolksbegehren als Ausweg aus Österreichs Crux mit einem modernen und leistungsstarken Schulsystem

Geburtsfehler der Schule wie des Euros

Die österreichische Schule hat denselben Geburtsfehler wie der Euro. Hier eine gemeinsame Währung ohne gemeinsame Politik, dort ein gemeinsames Schulsystem ohne nationalen Konsens. Weder Europa noch die österreichische Bildungspolitik reden mit einer Stimme. Diese Kluft datiert in der EU mit dem Beginn der Euro-Zone, in Österreich mit dem Aufkommen der politischen Parteien am Ende des 19.Jahrhunderts.

Beginn Gegenreformation

Manche setzen den ersten weltanschaulichen Gegensatz im österreichischen Schulwesen sogar noch viel früher an, nämlich mit der Gegenreformation. Hatten die Stände schon ab 1520 auf Anraten Martin Luthers protestantische Landschaftsschulen errichtet, so holte Kaiser Ferdinand II die Jesuiten ab 1542 ins Land. Damals wurde das Gymnasium in Linz gegründet. Es folgten Wien 1553, Innsbruck 1562, Graz 1573 und Salzburg 1617. Daraus wurden später die akademischen Gymnasien. Sie waren die wichtigsten geistigen Waffen im Kampf um die Re-Katholisierung Österreichs.

Akademische Gymnasien

Die „einzige", „absolute" Wahrheit

Dieser Kampf war hart und blutig. Denn immerhin ging es um die einzige, absolute Wahrheit, die jede der beiden Parteien für sich beanspruchte. In Graz beispielsweise drangen evangelische und katholische Professoren wechselweise in die jeweils andere Schule ein, störten den Unterricht und verprügelten sich gegenseitig.

Die Deutschliberalen

Nicht ganz so brutal, aber ebenfalls hart und ideologisch waren dann die Auseinandersetzungen der ersten politischen Parteien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Zunächst gab es nach der Einführung einer Verfassung nur die Deutschliberalen. Sie betrieben das Ende des zentralen Einflusses der katholischen Kirche auf das Schulwesen durch das Schule-Kirche-Gesetz 1868, schufen den Landesschulrat und schließlich das Reichsvolkschulgesetz

1869. Inhaltlich traten sie für eine leistungsorientierte Schule ein, die den Anforderungen der Wirtschaft und der modernen Gesellschaft gerecht werden sollte.

SP-Parteitag Neudörfl 1874

Gleichfalls für eine radikale Trennung von Kirche und Staat bzw. Kirche und Schule machten sich die Sozialdemokraten stark. Auf ihrem Parteitag in Neudörfl 1874 forderten sie statt der bisherigen „klerikalen Erziehung der Kinder“ eine nach den „Prinzipien der modernen Wissenschaft“, bei der der Unterricht „in allen öffentlichen Lehranstalten unentgeltlich und obligatorisch“ sein sollte.

Die Christlich-Sozialen

Ganz anders dachten die Christlich-Sozialen, die sich 1893 zu einer Partei zusammenschlossen. Sie empfanden sich als die Lordsiegelbewahrer der katholischen Kirche. In einer der wenigen programmatischen Festlegungen erklärte die Partei zwei Jahre später, „dass sie den Einfluss des Christentums im Unterrichtswesen und im ganzen öffentlichen Leben wieder zur Geltung bringen“ möchte. Gleichzeitig verzichtete die Partei aber ausdrücklich darauf, irgendwelche eigenen Vorstellungen von Unterricht und Erziehung zu entwickeln. Sie stehe vielmehr „voll und ganz hinter den Forderungen und Anliegen der katholischen Kirche“.

ÖVP: Reagieren als Gewohnheit

Dieser Verzicht auf jede eigene Bildungspolitik war ein schwerer politischer Fehler, der auch heute noch katastrophale Auswirkungen hat. Die Christlich-Sozialen wie die ÖVP waren die längste Zeit hindurch nicht gewohnt, eigene politische Vorstellungen zur Bildung zu haben. Dadurch wurde das Reagieren auf Vorschläge anderer zum Hauptinhalt ihrer Bildungspolitik. Ein eigener zukunftsgerichteter Gestaltungswille ist bis dato kaum erkennbar. Im Großen und Ganzen soll alles möglichst so bleiben wie es ist.

Deutschnationale: Deutsch und Turnen

Für das deutschnationale Lager schließlich waren Bildungsfragen ebenfalls politische Randerscheinungen. Interessiert war man nur an der absoluten Vorrangstellung der deutschen Sprache im Unterricht und am Turnen als Mittel der körperlichen und geistigen Ertüchtigung zur Erhöhung der Wehrfähigkeit des Staates.

Aufruf von 1905

Die erklärte Gegnerschaft zur Kirche hat Liberale und Sozialdemokraten am Ende der Monarchie noch einmal zu einer besonders nachhaltigen gemeinsamen Schulaktion zusammengebracht. Im März 1905 richteten 62 liberale Professoren und 17 Dozenten der Wiener Universität einen Aufruf an „alle Nichtklerikale ohne Unterschied der Partei-

richtung“, sich dem „nichtpolitischen Verein Freie Schule“ anzuschließen. Zweck dieses Vereins war die Gründung koedukativer Schulen mit individuellem Unterricht, der zur Selbständigkeit erziehen sollte, viel Sport und Spiel, Handwerk, Fotografie, Zeichnen und Malen. Der Verein war sehr erfolgreich und hatte 1910 bereits 15.000 Mitglieder.

Verein Freie Schule

Nach außen dominierten die Liberalen wie Josef Enslein, Paul Freiherr von Hock und Julius Ofner; an den wichtigen Schaltstellen saßen aber bereits Sozialdemokraten: Karl Seitz, Engelbert Pernerstorfer, Paul Speiser und Otto Glöckel. Sie alle setzten sich gemeinsam für eine „allgemeine Schule“ bestehend aus Volks- und Bürgerschule bis zum 15. Lebensjahr ein. Sie sollte die „Untermittelschule“ ersetzen. Damit war die Gesamtschule als politische Forderung geboren, da ja Ofner (liberal-parteilos), Pernerstorfer, Seitz und Glöckel (Sozialdemokraten) Reichstagsabgeordnete waren.

Liberale und Sozialdemokraten

Geburt der Gesamtschule

Glöckel hat sodann auf der Basis dieses gemeinsamen Programmes mit den Liberalen im August und September 1916 das Schulprogramm der Sozialdemokratie in der „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht. Er verzichtete im Gegensatz zu den deutschen Sozialdemokraten weitgehend auf „marxistische“ Begründungen, behielt aber die gemeinsame Schule der Sechs- bis Fünfzehnjährigen als „sozial-liberale“ Kernforderung bei.

Otto Glöckels Schulprogramm

An ihr schieden sich in der Folge die Geister. Während zumindest eine Reihe von Deutschliberalen und die Sozialdemokraten dafür waren, lehnten die Christlich-Sozialen und die Deutschnationalen die gemeinsame Schule vehement ab. Bei den Christlich-Sozialen gab es schon damals zwei Gründe für diese Ablehnung, welche unmittelbar mit der Klientelpolitik der Partei zusammenhingen. Sowohl die Bildungsbürger als auch die Sozialaufsteiger aus der Beamtenschaft und dem Kleinbürgertum hielten das Gymnasium für das zentrale, unverzichtbare Status-Symbol aller Gebildeten. Wie in Deutschland das Abitur, war bei uns die Matura ein wesentliches Standeszeichen für die Zugehörigkeit zu den „gebildeten Schichten“.

Kampf um die Gesamtschule

Gymnasium

Die zweite Klientel war die katholische Kirche selbst, samt ihren Gliederungen. Dabei spielten die katholischen Eltern- und Familienverbände schon sehr bald eine besonders wichtige Rolle. Für sie war es nicht nur irgendein Gymnasium, in das sie ihre Kinder schickten, sondern nach Mög-

Rolle der Kirche

„Waffe" Akademisches Gymnasium

lichkeit in ein jesuitisch-gegenreformatorisches, wie zB. in eines der „akademischen Gymnasien" in Wien, Innsbruck, Linz, Graz oder Salzburg. Sie alle wurden zwischen 1542 und 1617 gegründet und waren die wichtigsten geistigen Waffen der Re-Katholisierung Österreichs.

Die Deutschnationalen schließlich hatten ein sehr starkes, elitär-standesbewusstes Verhältnis zu den Gymnasien als Stätten der „höheren Bildung" für die „besseren Leute". Eine Schule für alle widersprach ihrer gesellschaftlichen Grundauffassung geradezu diametral.

Fronten seit 100 Jahren

Alle diese „Bekenntnisse" haben sich bis heute erhalten. Die Parteien tragen nur andere Bezeichnungen. Aus den Christlich-Sozialen ist die Österreichische Volkspartei (ÖVP) geworden, die Deutschnationalen heißen jetzt Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und die Sozialdemokraten nennen sich „Sozialdemokratische Partei Österreichs" (SPÖ). Die Reste der Liberalen verteilen sich auf SPÖ, ÖVP, BZÖ und „Grüne". Demnach sind SPÖ und Grüne für die gemeinsame Schule, ÖVP und FPÖ dagegen. Und das seit mehr als 100 Jahren.

Fred Sinowatz, Karl Schleinzer

ÖVP-Bildungsplan zur Lebensqualität

In dieser ganzen Zeit sind kaum jemals ernsthafte Versuche unternommen worden, die tiefen, ideologischen und parteipolitischen Gräben des österreichischen Schulwesens zuzuschütten. Einzige Ausnahme waren die Siebzigerjahre des vorigen Jahrhunderts. Damals, zur Zeit von Unterrichtsminister Fred Sinowatz, wurde eine Reihe von Schulversuchen für eine „integrierte Gesamtschule" mit Zustimmung der ÖVP durchgeführt. Gleichzeitig starteten unter Parteiobmann Schleinzer, der weitaus offener für Reformen war als zahlreiche seiner Vorgänger und Nachfolger, die „Pläne zur Lebensqualität". Der vierte davon, der 1975 publiziert wurde, war der Bildung gewidmet.

Gruber, Schüssel, Neugebauer, Vierlinger, Mahringer, Schilcher

VP-Forderung nach gemeinsamer Schule

Er ist der einzige umfassende Bildungsplan der ÖVP geblieben, der detaillierte Reformvorschläge vom Kindergarten angefangen über die Schule und Hochschule bis zur Erwachsenenbildung gemacht hat. Vorsitzender der Arbeitsgruppe war der angesehene oberösterreichische Abgeordnete Josef Gruber, heute noch bekannte Mitarbeiter waren Wolfgang Schüssel, Fritz Neugebauer, Rupert Vierlinger, Peter Mahringer und Bernd Schilcher. Neben vielen anderen schwarzen Neuigkeiten verlangte dieser Plan auch die Einführung der gemeinsamen Schule der 10 bis 14-Jährigen. Er wurde immerhin in der ÖVP-Bundesparteileitung

ÖVP-Beschluss

beschlossen und vom Bundesparteivorstand der Öffentlichkeit präsentiert. Da es bislang noch keinen gegenteiligen Parteibeschluss gibt, ist die gemeinsame Schule weiterhin offizieller Bestandteil der ÖVP-Programmatik – allerdings nach dem Grundsatz „inkognito – ergo sum“.

„inkognito – ergo sum“

Seit dieser Zeit wurde nichts mehr zur Beseitigung der ideologischen und parteipolitischen Gegensätze in der österreichischen Bildungspolitik unternommen. Der Konflikt schwelt dahin und bricht immer dann wieder aus, wenn gerade eine Bildungsreform „droht“.

Stillstand in Österreichs Bildungspolitik

Während in der EU mittlerweile über Auftrag der Deutschen und der Franzosen heftig über tiefgehende Reformen nachgedacht wird, tut sich bei der österreichischen Schule so gut wie nichts. In den verschiedensten europäischen Think-Tanks wird die Krise genutzt, um „Europa nochmals zu erfinden“. So verlangt das „European Council on Foreign Relations“ eine neue, starke europäische Exekutive, die, gestützt auf ein ebenso erstarktes, weil vom „europäischen Volk“ direkt gewähltes Parlament, alle wesentlichen Entscheidungen trifft.

Reformvorschläge in der EU

Noch weiter geht der Brite Charles Grant. Er hat für das „Centre for European Reform“ die Vorstellung entwickelt, dass ein vom ganzen europäischen Volk gewähltes Parlament auch die einzelnen Kommissare in Brüssel vorschlägt, die bislang von den nationalen Regierungen hinter verschlossenen Türen „erfunden“ worden sind. Der Präsident der Union wählt sodann aus den 27 vorgeschlagenen Personen die 10 besten aus; die restlichen 17 werden Stellvertreter. Schließlich wird von vielen gefordert, dass der Europäische Gerichtshof auch für die Euro-Zone zuständig sein soll.

J. Habermas: „Postnationale Konstellation“

Diese „postnationale Konstellation“, wie sie Jürgen Habermas nennt, soll dafür sorgen, „dass Europa nur noch mit einer Stimme spricht“. Alles andere würde nämlich für den berühmten Philosophen und Soziologen bedeuten, dass auf Europa überhaupt nicht mehr gehört wird.

Unfähigkeit Österreichs

Während man also mit Auftrag der beiden stärksten europäischen Länder davon ausgeht, dass alle EU-Mitgliedsstaaten wesentliche Souveränitätsrechte an die Union abtreten werden, schafft es Österreich nicht einmal, die lächerlichen, meist ohnedies nur rein parteipolitischen Schul- und Personal-Kompetenzen der Länder an den Bund abzutreten.

Bildung in Österreich: kein „state oft he art“

Gar nicht zu reden von der Unfähigkeit der österreichischen Regierungen, das einzuführen, was in 80 Prozent aller europäischen Länder bildungspolitisch längst schon „state of the art“ ist: Eine umfassende Frühförderung ab dem ersten Lebensjahr, Ganztags- und Gesamtschulen sowie eine einheitliche universitäre Ausbildung aller PädagogInnen auf Universitätsniveau. Dazu gehört ein generelles Unterrichtsverständnis, das so früh wie möglich die Stärken und Talente jedes Kindes feststellt und bestmöglich fördert.

Fehlender politischer Wille und Feigheit

Es ist die Ahnungslosigkeit der führenden Politiker Österreichs, was den Stand des internationalen Bildungsdiskurses, aber auch die ungeschminkte Lage in Österreich betrifft, ihr fehlender politischer Wille, gepaart mit einer großen Portion Feigheit gegenüber den LandesfürstInnen und der schwarzen AHS-Gewerkschaft, die zusammen den totalen Stillstand der österreichischen Bildungspolitik bewirken.

„Helden“ der „Generation Aussitzen“

Sobald diese „Generation Aussitzen“ allerdings erfährt, dass es eine neue EU mit umfassenden Kompetenzen geben wird, ist sie vermutlich zu überhaupt nichts mehr zu bewegen. Denn dann warten unsere Helden nur noch auf die Befehle aus Brüssel, auf die sie sich dann ebenso ihren Klientelen gegenüber ausreden können, wie sie das bei den europäischen Menschenrechten, dem EU-Wettbewerbsrecht, der EU-Staatshaftung oder dem EU-Konsumentenschutz getan haben.

Persönliche Betroffenheit

Daher gibt es in Sachen Bildung nur noch zwei Hoffnungen in unserem Lande. Die erste ist die persönliche Betroffenheit der Bürgerinnen und Bürger, sobald ihnen klar wird, was der Stillstand in der österreichischen Bildungspolitik für sie, ihre Kinder und Enkel, so wie für das Land selbst in der Zukunft bedeutet. Nämlich, dass sowohl bei den gegenwärtig 25 Prozent der Spitzenkräften zwischen dem 25. und dem 64. Lebensjahr (Maturanten und Akademiker) die „kreativen Enterpreneure“ fehlen werden, die mit hoher Selbstständigkeit, nachhaltiger Persönlichkeitsbildung, polyglotter Einstellung und sozialen Kompetenzen, insbesondere Teamfähigkeit und hohem Verantwortungsbewusstsein, ausgestattet sind. Einfach deshalb, weil unser jetziges Bildungssystem zu all dem nicht in der Lage ist; dass aber auch von den derzeit weiteren 50 Prozent der gelernten Fachkräften und AbsolventInnen berufsbildender mittlerer

Kreative werden fehlen

Kernfrage Qualifikation

Schulen gleichfalls nur jene reüssieren werden, die kreativer, selbstständiger, sozial und kulturell einfühlsamer und umfassender gebildet sind als das heute der Fall ist. Alle anderen landen beim gegenwärtig letzten Viertel der bloßen Pflichtschulabgänger ohne jede Zusatzqualifikation, so wie bei jenen, die überhaupt keinen Schulabschluss und keine Berufsausbildung haben.

Sozialfälle

Diese stellen den Nachwuchs der künftigen Sozialfälle. Und das nicht zu knapp.

Teure Ausfallsrate

Jährlich verlassen in Österreich 9.000 bis 10.000 SchülerInnen unser Bildungssystem ohne Abschluss. Sie kosten nach internationalen Studien zwischen 350.000 bis 400.000 Euro pro Person – ein Leben lang. Das sind bereits Milliarden an entgangenen Steuern bzw. aufgewendeten Sozialhilfen, polizeilichen Ermittlungskosten so wie Gerichts- und Gefängniskosten.

Mangelnde Lesefähigkeit

Frühförderung spart Sozialkosten

Von den PlichtschulabgängerInnen sind jährlich rund 18.000 zum überwiegenden Teil nicht oder nur schwer bzw. teilweise vermittelbar. Nimmt man noch jedes Jahr die 28.000 Fünfzehnjährigen, die nicht sinnerfassend lesen können und daher nur partiell bildungsfähig sind, dann erhöht sich künftig die Anzahl der jugendlichen Sozialfälle dramatisch. Schon jetzt ist der Zuwachs an Frühpensionen der unter 30 bis 40-Jährigen äußerst beunruhigend. Er beträgt bereits rund 13.000 Personen. Damit bestätigt sich hier die alte Weisheit, dass jeder Cent, den man in die Frühförderung und in gute Schulen steckt, 1 bis 2 Euro an späteren Sozialkosten erspart.

Kaum Sozialprophylaxe in Österreich

Budgetanteile: 51 % Soziales und Pensionen, 11 % Bildung

Diese entscheidende Sozialprophylaxe findet in Österreich jedoch nicht statt. Das lässt sich an Hand einiger Zahlen leicht nachweisen. So betrugen die gesamten Staatsausgaben 2010 (Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände) rund 150 Milliarden Euro. 51% davon, nämlich 76,5 Milliarden Euro sind Sozial- und Pensionskosten; nur 11%, nämlich 16,5 Milliarden Euro gingen in Schule und Bildung, Hochschulen, Wissenschaft und Forschung. Das heißt aber, dass Österreich bereits nahezu fünf Mal so viel in soziale Reparaturen und Pensionen wie in Zukunftsinvestitionen für unsere Kinder und Kindeskinder steckt. Das kann auf Dauer nicht gut gehen.

Ausgerechnet in dieser krisenhaften und teuren Entwicklung liegt nun eine zweite Hoffnung. Nämlich, dass der ge-

bildete Mittelstand nicht nur um die Zukunft seiner Kinder und Enkelkinder bangen muss, weil unser Schul- und Hochschulsystem den künftigen internationalen Anforderungen längst nicht mehr gewachsen ist, sondern dass alle Angehörigen dieses Mittelstandes das Versagen unseres Schulsystems immer deutlicher in ihren Brieftaschen spüren. Es ist nämlich bekanntermaßen eben dieser Mittelstand, der mit seinen Steuern den allergrößten Teil der Staatsausgaben berappt. Und da macht es einen gewaltigen Unterschied, ob die, die viel zahlen, auch viel davon haben oder nicht. Bei einem Schulsystem, das schon möglichst früh alle Talente und Begabungen fördern kann, vor allem auch die aus den bildungsfernen Schichten, bekommen die Steuerzahler eine Menge zurück. Bei unserm jetzigen Schulsystem, das zu den teuersten der OECD gehört, aber nur unterdurchschnittliche Leistungen bringt, zahlt der Mittelstand hingegen längst schon mehr für das Versagen des Systems und seiner Abgänger als er durch gelungene Ergebnisse lukriert. Mit einem Wort, es handelt sich jetzt schon um ein ausgemachtes Verlustgeschäft. Viele, die das heute schon erkennen, schicken ihre Kinder daher vermehrt in Privatschulen.

Der Mittelstand zahlt für das Versagen

Boom der Privatschulen

Somit ist es in erster Linie eine Frage der Information und Aufklärung, ob und wie viel sich der gebildete Mittelstand noch an ideellen (schlechte Bildung und Ausbildung) und materiellen Verlusten leisten will. Dass die Bundesregierung dazu beharrlich schweigt und so gut wie keine Aufklärung über unsere triste Bildungssituation, ihre Ergebnisse und ihre Finanzierung macht, zeigt entweder ein weiteres Mal ihre Ahnungslosigkeit – oder ihre Angst vor den Folgen einer solchen neuen Ehrlichkeit.

Schweigende Regierung

Tatsächlich ist die Aufklärung nunmehr zumindest in ersten Ansätzen anderwärtig erfolgt. Und zwar nahezu ein Jahr lang durch das jüngste Bildungsvolksbegehren und die Medien, die es tatkräftig unterstützt haben.

Aufklärung durch das Volksbegehren

Noch nie ist in der Geschichte unseres Landes so viel und so detailliert über alle Fragen im Zusammenhang mit Schule und Bildung berichtet und diskutiert worden. In elf Monaten haben sich mehr als 100 Fernseh- und Hörfunksendungen damit befasst, 2.600 Zeitungsartikel wurden darüber geschrieben, zahlreiche Aussendungen verfasst und hunderte Veranstaltungen bestritten. Es gab lange Chats mit LehrerInnen im Internet, Twitter- und Facebook-Meldungen von SchülerInnen und Comics über das „österrei-

Medien-Diskussionen

chische Neandertal der Bildung". 63 Bildungsvereinigungen, Kammern, Verbände, politische Parteien und 21 Einzelpersonen haben nahezu 400 Seiten an Vorschlägen abgeliefert, die in zwei Großveranstaltungen eingehend diskutiert und schließlich von einem Redaktionsteam auf zwei Seiten komprimiert wurden. Es war eine gewaltige Bewegung quer durch Österreich.

„Neandertal der Bildung"

Dass letztlich knapp 400.000 BürgerInnen diese Volksbegehren unterschrieben haben, ist gleich in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Bei den vergangenen drei Bildungsvolksbegehren ist es immer um die Ablehnung einer einzigen Maßnahme gegangen. 1969 wurde gefragt, ob man das 13. Schuljahr haben oder nicht haben möchte; 1989 lautete die Frage, wer für weniger als 30 SchülerInnen in einer Klasse eintritt und 2001 sollte man sich gegen Studiengebühren aussprechen. Trotz der verlockend einfachen Fragestellung hat kein einziges dieser Volksbegehren so viele Unterschriften erhalten wie das letzte. Und das, obwohl diesmal nicht mehr und nicht weniger verlangt wurde als ein von Grund auf erneuertes Gesamt-Bildungssystem, das in 12 Einzelforderungen beschrieben wurde. Ein starker Tobak für Volksbegehrer.

400.000 Unterzeichner: ein Erfolg

Forderung Total-Reform

Dazu kommt noch, dass dieses Volksbegehren an einem Doppelfrust der ÖsterreicherInnen litt. Angesichts des gegenwärtigen politischen Stillstands fragten sich viele, ob denn ein Volksbegehren bei dieser Regierung überhaupt etwas bewirken würde. Ein großer Teil der BürgerInnen fürchtete, dass der Gang ins Wahllokal zu einem Gang ins Salzamt werden könnte.

Doppelfrust in Österreich

Unterschreiben: Gang ins Salzamt?

Und das war en nicht die einzigen Bedenken. Von den bisher 34 Volksbegehren ist nur eine verschwindende Minderheit von den Politikern ernst genommen worden. Das heißt, dass nur zwei bis drei zumindest zu einem gewissen Teil umgesetzt wurden. Alle anderen sind im Schoß des Parlaments verblichen. Auch diese Tatsache, die im Übrigen für das Verständnis der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Parteien für direkte Demokratie symptomatisch ist, hat die Lust der BürgerInnen, in ihre Gemeindeämter zu pilgern und dort zu unterschreiben, nicht besonders gesteigert.

Nur wenige Volksbegehren umgesetzt

Dazu kommt auch hier die typisch österreichische Partei-Politisierung zum Tragen. Eine Reihe von guten Bekannten

Typisch österreichische Parteipolitik

Ein „Sozi-Volksbegehren"?

aus der ÖVP erzählten immer wieder, dass sie entweder von „ihrem" schwarzen Bürgermeister oder von einem Funktionär gefragt wurden, wie sie denn als ÖVPler dazu kämen „das Sozi-Volksbegehren" zu unterschreiben? Angestellte der Gemeinde und KindergärtnerInnen wurden darauf aufmerksam gemacht, dass der Herr Bürgermeister ihre Unterschrift unter das Volksbegehren nicht sehr schätzen würde.

VP-GS Rauch: „nur 6 %"

In dieses Bild passt schließlich auch die Reaktion des VP-Generalsekrtärs Rauch auf das Ergebnis des Volksbegehrens. Er machte folgende Demokratie- und Bürgerverachtende Rechnung auf: Wenn „nur" 6% der Wahlberechtigten für ein neues Bildungssystem gestimmt haben, dann waren 94% dagegen. Und zwar nicht nur allgemein, sondern auch ganz speziell – nämlich gegen die Ganztagsschule und gegen die gemeinsame Schule, somit ausgerechnet gegen die beiden Schultypen, die ein Teil der ÖVP immer noch vehement ablehnt. Selektive Wahrnehmung hat man das einmal genannt.

Selektive Wahrnehmung

Kreiskys Zynismus: „74 % für das Konferenzzentrum"

Herr Rauch hatte allerdings einen berühmten Lehrmeister. Auch Bruno Kreisky schloss im Jahre 1982 ebenso messerscharf wie zynisch: Wenn „nur" 1,4 Millionen ÖsterreicherInnen gegen den Bau des UN-Konferenzzentrums begehrt hätten, so würden die verbleibenden 5,4 Millionen der Wahlberechtigten dafür sein. Somit werde er von einer Mehrheit von 74% der BürgerInnen geradezu gezwungen, dieses UNO-Zentrum zu bauen. Und so geschah es dann auch.

SP, VP: Wahlaussichten grottenschlecht

Selbst wenn den beiden Spitzen der gegenwärtigen Koalition nicht all zu viel zuzutrauen ist, eines können sie als geübte Parteifunktionäre mit Sicherheit: Sich ihre nächsten Wahlchancen ausrechnen. Und die sind grottenschlecht. Hatten ÖVP und SPÖ noch bei den Nationalratswahlen 1983 zusammen über 90 Prozent aller Stimmen, so verfiel diese Mehrheit von Wahl zu Wahl. Im Jahre 2008 kamen die beiden gerade einmal auf 55 Prozent. Gegenwärtig liegen sie in allen Umfragen nur noch bei 50 Prozent.

SP + VP 1983: 90 %

Bildung wird Wahlkampfthema

Durch das Bildungsvolksbegehren und die starke Medien-Unterstützung ist das Thema Bildung nicht mehr von der politischen Tagesordnung weg zu kriegen. Es wird zweifellos auch den nächsten Wahlkampf bestimmen. Sollte die Koalition dem Volksbegehren daher wieder ein Begräbnis erster oder zweiter Klasse bereiten wollen und sich erneut vor einer tiefgreifenden Änderung des österreichischen

Bildungssystems drücken, dann würden ihr mit Sicherheit große Teile der 400.000 Volksbegehren-Stimmen samt allen jenen abhanden kommen, die aus Frust und Misstrauen dem Volksbegehren fern geblieben sind. Und das wäre der sichere Total-Absturz der Koalition bei den nächsten Nationalratswahlen.

Faymann und Spindelegger: Vor wem fürchten sie sich mehr?

Faymann und Spindelegger – oder wer auch immer die nächsten Spitzenkandidaten sein mögen – müssen sich daher entscheiden, vor wem sie sich mehr fürchten: Vor den Landesparteien und der schwarzen AHS-Gewerkschaft – oder vor den WählerInnen. Die beiden ersteren bremsen seit Jahrzehnten und ruinieren damit die Wahlchancen von ÖVP und SPÖ, zumal die anderen, die Bürgerinnen und Bürger, gezeigt haben, dass sie Gas geben und den Stillstand in Österreich beseitigen wollen. Mag sein, dass die beiden Herren eine solche Alternative als Wahl zwischen Scylla und Charybdis empfinden. Dennoch können sie nicht wieder abtauchen, wie sie das so gerne tun, sondern müssen sich wenigstens einmal in der Legislaturperiode klipp und klar für das eine oder andere entscheiden. Erleichternd für diese Entscheidung dürfte womöglich sein, dass, wie die „Neue Zürcher Zeitung“ schrieb, „den roten Kanzler und seinen schwarzen Vize der Wille eint, den eigenen Sessel zu retten.“ Wir werden sehen. Für Spannung bis zum Wahltag ist jedenfalls gesorgt.

Die Koalition kann nicht mehr abtauchen

NZZ: den eigenen Sessel retten